

Zahl: 004-1/2010/8

Kematen, 9. Dezember 2010

NIEDERSCHRIFT

über die am 24.11.2010 um 19:00 Uhr
im Großen Saal, Haus der Gemeinde Kematen stattgefundene
8. Sitzung des Gemeinderates

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:35 Uhr

Anwesend: Bgm. Rudolf Häusler
Vbgm. Klaus Gritsch
GV Gerhard Lerchner
GV Armin Partl, Mag.
GV Viktor Pischl
GR Gabriele Fraidl, Mag.
GR Annita Lerchner
GR Christian Markl, Prof. Dr. (Ersatz GR Jordan, Mag.)
GR Elmar Michael
GR Andreas Partl
GR Regina Plunser
GR Bernd Raitmair
GR Franz Sailer, Ing. (Ersatz GR Hacket)
GR Martin Schaffenrath MBA MPA
GR Hugo Weger

Entschuldigt: GR Gustav Hacket
GR Kurt Alois Manfred Jordan, Mag.

Schriftführer: AL Matthias Bachmann

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls der 7. Gemeinderatssitzung
3. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der Ausschreibung der Parkraumbewirtschaftung
4. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich des Kurzleinenzwanges für Hunde und die Errichtung eines Auslaufplatzes für Hunde

5. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich eines Nutzungskonzeptes für Gemeindegrundstücke
6. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise „Südtiroler Siedlung“
7. Anfragen an den Bürgermeister
8. Anfragen an den Vizebürgermeister
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges

VERHANDLUNGSPROTOKOLL

Auf Grund der zahlreich erschienen Zuhörer wird die 8. Sitzung des Gemeinderates in den Großen Saal, Haus der Gemeinde Kematen, verlegt.

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

GR Prof. Dr. Christian Markl gelobt vor dem Gemeinderat, in Treue die Rechtsordnung der Republik Österreich zu befolgen, sein Amt uneigennützig und unparteiisch auszuüben und das Wohl der Gemeinde und ihrer Bewohner nach bestem Wissen und Können zu fördern.

2. Genehmigung des Protokolls der 7. Gemeinderatssitzung

GR Schaffenrath MBA MPA fragt an, warum die Wortmeldung von GR Raitmair zu TO-Punkt 14 nicht protokolliert wurde.

Daraufhin antwortet der Protokollführer, dass der wesentliche Verlauf der Verhandlungen bzw. Diskussionen und die jeweiligen Beschlüsse protokolliert werden. Zum wiederholten Male stellt der Protokollführer fest, dass Wortmeldungen einzelner Gemeinderäte ins Protokoll aufgenommen werden, wenn bei der jeweiligen Wortmeldung darauf hingewiesen wird, dass dies ins Protokoll aufgenommen werden soll.

GR Michael bemängelt, dass bei TO-Punkt 9 zur Sache nichts vermerkt ist. Zu TO-Punkt 14, Punkt „Homepage Gemeinde Kematen“ sagt GR Michael, dass die Homepage nicht gut gelungen und nicht professionell ist. Dazu sagt GR Annita Lerchner, dass er dies aber so gesagt hat, wie es im Protokoll vermerkt ist.

GR Raitmair kritisiert zu TO-Punkt 14, dass die Angebotssummen aller Unternehmen festgehalten sind, obwohl diese nicht dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht wurden.

Der Bürgermeister und GR Annita Lerchner stellen dazu fest, dass alle Angebotssummen den Anwesenden zur Kenntnis gebracht worden sind.

GR Weger sagt, dass er den Protokollen solange nicht zustimmt, bis der Bürgermeister und der Vizebürgermeister auf den Brief von Pfarrer i.R. Prof. Mag. Toni Haas antworten.

GR Annita Lerchner meint dazu, dass in der letzten Sitzung GR Mag. Jordan und nun GR Michael eine Änderung des Protokolls wollten, obwohl es im Protokoll richtig festgehalten wurde.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, das Protokoll der 7. Gemeinderatssitzung zu bewilligen.

Beschluss: 9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen (GV Pischl, GR Prof. Dr. Markl) 4 Nein-Stimmen
(GR Michael, GR Schaffenrath MBA MPA, GR Raitmair, GR Weger)

Der Bürgermeister stellt den Antrag, ab der nächsten Sitzung des Gemeinderates ein Tonbandprotokoll zu verwenden.

Beschluss: einstimmig

3. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der Ausschreibung der Parkraumbewirtschaftung

Der Bürgermeister bringt den Anwesenden den „Antrag auf öffentliche Ausschreibung der Parkraumbewirtschaftung und Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen“ vom 11.11.2010 zur Kenntnis.

Weiters verliest er den Anwesenden den Beschluss des Gemeinderates vom 03.08.2010. Unter TO-Punkt 14 wurde vom Gemeinderat die Parkraumüberwachung einschl. ruhender Verkehr beschlossen.

GR Michael ist der Meinung, dass noch nichts geschehen ist.

Der Bürgermeister berichtet weiter, dass der Vertrag mit der Fa. G4S am 31.08.2010 unterzeichnet wurde. Am 28.09.2010 sind die Ermächtigungen für die Überwachungsorgane mittels Bescheid der BH Innsbruck eingelangt. Der Druck der Organstrafverfügungen wurde rechtzeitig bei der Fa. Walser Druck in Telfs in Auftrag gegeben. Zwischenzeitlich wurde immer wieder der Kontakt mit Hrn. Oberthanner von der Fa. G4S hergestellt, damit der rechtzeitige Einsatz Parkraumbewirtschaftung gewährleistet wird. Herr Oberthanner hat betont, dass noch ein Gespräch mit Hrn. Dr. Nairz von der BH Innsbruck zwecks Überprüfung auf Richtigkeit der Strafmandate und den ordnungsgemäßen Einsatz generell stattfindet. Was allerdings den rechtzeitigen Beginn der Parkraumüberwachung verzögert hat, war ein Fehldruck der Strafmandate, der uns aber vom Vertreter der Fa. Walser Druck relativ spät gemeldet wurde.

Die Parkraumüberwachung läuft nun seit 2 Wochen.

Nach einer kurzen Debatte stellt der Bürgermeister den Antrag, den Verkehrsausschuss zu beauftragen, sich mit den bestehenden Kurzparkzonen und den Parkflächen, im speziellen im Bereich um den Friedhof, zu beschäftigen und dem Gemeinderat einen Vorschlag auszuarbeiten. In weiterer Folge soll im Jänner 2010 eine gemeinsame Ausschreibung der Parkraumüberwachung mit den Gemeinden Völs und Axams erfolgen.

Beschluss: einstimmig

4. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich des Kurzleinenzwanges für Hunde und die Errichtung eines Auslaufplatzes für Hunde

Der Bürgermeister bringt den Anwesenden den „Antrag auf Erlassung einer Kurzleinenverordnung sowie Errichtung eines Auslaufplatzes für Hunde“ vom 11.11.2010 zur Kenntnis. Weiters wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, dass sich der Landwirtschaftsausschuss in seiner Sitzung am 01.07.2010 dafür einstimmig dafür ausgesprochen hat, auf dem Grundstück Nr. 2630/2, KG Kematen, den Auslaufplatz für Hunde zu errichten und den Entwurf zur Leinenzwangverordnung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dazu erläutert der Bürgermeister, dass eine Grundstück zwischen dem Auslaufplatz und dem bestehenden Kinderspielplatz am Messerschmittweg liegt.

GR Michael berichtet, dass er nach Rücksprache mit Dr. Janovsky vom Amt der Tiroler Landesregierung im Landespolizeigesetz keine Verpflichtung auf Schaffung eines Auslaufplatzes für Hunde gefunden hat und deshalb die Gemeinde nicht verpflichtet ist, einen Auslaufplatz für Hunde zu errichten.

Der Bürgermeister stellt dazu die Anfrage an GR Michael, ob dieser Sachverhalt schriftlich vorliegt.

GR Michael antwortet, dass Dr. Janovsky die Auskunft telefonisch an GR Michael mitgeteilt hat.

VbGm. Gritsch sagt dazu, dass bereits in der vergangenen Gemeinderatsperiode von GR Annita Lerchner der Antrag gestellt wurde, einen Auslaufplatz für Hunde zu errichten.

Dazu sagt GR Pischl, dass die Antragsteller den vorgesehenen Auslaufplatz als nicht geeignet ansehen und sich der Gemeinderat seit rd. 1 ½ Jahren mit der neuen Leinenzwangverordnung beschäftigt.

Der Bürgermeister schlägt dazu vor, dass eine schriftliche Auskunft dahingehend einholt, dass von Seiten des Landes kein Auslaufplatz für Hunde notwendig ist. Sollte dies der Fall sein, wird den Mitgliedern des Gemeinderates im Anschluss der ausgearbeitete Verordnungsentwurf zugesandt und zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates gesetzt.

Beschluss: einstimmig

5. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich eines Nutzungskonzeptes für Gemeindegrundstücke

Der Bürgermeister bringt den Anwesenden den „Antrag auf Erstellung eines Nutzungskonzeptes gemeindeeigener Grundstücke“ vom 11.11.2010 zur Kenntnis und dankt GR Michael für das ausgearbeitete Grundstücksverzeichnis der Gemeinde Kematen.

Betreffend die 2 verpachteten Grundstücke (Gp. 2576 – südlich Kreisverkehr und Gp. 2361 – südlich Kunstrassenplatz) schlägt der Bürgermeister vor, dass im Jahr 2011 die Pacht ausgeschrieben und ein Pachtvertrag mit dem jeweiligen Pächter abgeschlossen werden soll.

Den vorliegenden Antrag sieht der Bürgermeister als positiv, deshalb stellt er dazu den Antrag, dem Bauausschuss zu übertragen, sich mit dem Thema „Schreinergrund“ zu beschäftigen und dem Gemeinderat einen Vorschlag auszuarbeiten.

Der Gemeinderat erklärt sich mit der o.a. Vorgangsweise einverstanden.

Beschluss: einstimmig

6. Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise „Südtiroler Siedlung“

Der Bürgermeister bringt den Anwesenden den „Antrag auf einen Entschließungsantrag hinsichtlich der geplanten Unterschutzstellung der Südtiroler Siedlung“ vom 11.11.2010 zur Kenntnis. Daraufhin informiert er den Gemeinderat über die in dieser Sache stattgefundenen Besprechungen und der damit verbundenen Intention des Bundesdenkmalamtes, die „Südtiroler Siedlung“ unter Schutz zu stellen:

Erste Besprechung vom 13. April 2010

teilnehmender Personenkreis: Herr Alois Leiter, Geschäftsführer der Technik der Neuen Heimat, Baumeister Ing. Elmar Draxl, Projektleiter der Neuen Heimat, Amtsleiter Matthias Bachmann, Rudolf Häusler.

Hinsichtlich der Südtiroler Siedlung wird von Herrn Dir. Alois Leiter berichtet, dass das Bundesdenkmalamt beabsichtigt, die Südtiroler Siedlung unter Denkmalschutz zu stellen. Von Seiten des Vertreters des Bundesdenkmalamtes Herrn DI Jud wurde bereits die Einleitung eines entsprechenden Verfahrens begonnen.

Von Seiten des Kemater Bürgermeisters wird die fachliche Meinung vertreten, dass man im Einvernehmen mit der Neuen Heimat Tirol und der Gemeinde Kematen alles unternehmen müsse, damit die Südtiroler Siedlung in Kematen nicht unter Denkmalschutz gestellt wird. Diesbezüglich wird vereinbart, dass man vertieft zwischen der Neuen Heimat Tirol und der Gemeinde Kematen zusammenarbeiten wird.

Ende der Besprechung: 11.00 Uhr

Besprechung vom 28. Mai 2010

im Büro des Bürgermeisters, teilnehmende Personen: Ing. Engelbert Spieß, Leiter des Geschäftsbereiches Hausverwaltung der Neuen Heimat Tirol, Frau Mag. Gerda Mair-Embacher, zuständig für Hausverwaltung im Bereich der Neuen Heimat Tirol, Frau Mag. Irmgard Fischbacher, zuständig für die Hausverwaltung im Bereich der Neuen Heimat Tirol, Amtsleiter Matthias Bachmann, Rudolf Häusler.

Von den Vertretern der Neuen Heimat wird eine kurze Vorstellung bezüglich des Themenkreises Denkmalschutz der Südtiroler Siedlung in der Gemeinde Kematen wiedergegeben. Zwischen den Beteiligten einigt man sich dahingehend, dass die Neue Heimat Tirol Herrn Rechtsanwalt Dr. Klaus Nuener mit der Vertretung zur Abwendung eines möglichen Denkmalschutzes für die Südtiroler Siedlung in der Gemeinde Kematen beauftragt. Bezüglich der weiteren Vorgehensweise zwischen dem Rechtsvertreter der

Neuen Heimat und der Gemeinde Kematen wird vereinbart, dass das Einvernehmen jedenfalls hergestellt wird.

Seitens der Gemeinde Kematen wird argumentiert, dass die bauliche Substanz hinsichtlich der geforderten technischen Richtlinien für die Wärmedämmung, den Schallschutz aber auch behindertengerechtes Begehen der Südtiroler Siedlung derzeit nicht gegeben sind. Die Gemeinde Kematen argumentiert auch, dass wenn der Wohnstandard nicht in entsprechender Art und Weise angehoben wird, es auch sehr schwierig wird, Jungfamilien in der Südtiroler Siedlung als Mieter zu gewinnen. Der Bürgermeister gibt auch zu bedenken, dass man auch die gesamten feuerpolizeilichen Vorschriften und die bautechnischen Standards hinsichtlich Lärm- und Wärmeschutz jedenfalls als vertieftes Argument gegenüber dem Denkmalschutz zur Sprache bringen muss. Bezüglich der weiteren Vorgehensweise wird vereinbart, dass man sich noch einmal mit dem Rechtsvertreter und der Neuen Heimat bespricht. Nach Meinung der Gemeinde Kematen sollen hierzu auch Vertreter des Bundesdenkmalamtes eingeladen werden.

Ende der Besprechung: 10.40 Uhr.

Besprechung vom 30. Juni 2010

Beginn 9.00 Uhr, anwesend Dr. Klaus Lugger, GF der Neuen Heimat, Rudolf Häusler.

Bezüglich der weiteren Vorgehensweise wird vereinbart, dass man von Seiten der Gemeinde Kematen in Betracht ziehen sollte, einen Grundsatzgemeinderatsbeschluss gegen eine mögliche Unterdenkmalschutzstellung der Südtiroler Siedlung fassen sollte. Einvernehmlich wird jedoch festgehalten, dass man hier noch Gespräche mit dem Denkmalamt führen sollte, damit ein entsprechendes Gesprächsklima gewahrt bleibt. Herr Prof. Dr. Klaus Lugger argumentiert auch, dass bei einem möglichen Abbruch von Teilen der Südtiroler Siedlung jedenfalls Ausweichquartiere für die Bewohner gegeben sein müssten. Vertieft argumentiert auch Prof. Dr. Klaus Lugger, dass der gesamte Bereich Heizung und Wärmedämmung ein sehr kritischer Bereich für die Südtiroler Siedlung in Kematen ist. Gemäß Prof. Dr. Klaus Lugger wurde von Seiten des Bundesdenkmalamtes eine Wärmedämmung, welche auf die Außenfassade aufgebracht wird, abgelehnt. Herr Prof. Dr. Klaus Lugger erklärt, dass man mit dem Rechtsvertreter Dr. Klaus Nuener jedenfalls sämtliche rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen sollte, um eine Unterdenkmalschutzstellung der Südtiroler Siedlung zu verhindern. Von Seiten der Gemeinde Kematen wird Herrn Prof. Dr. Klaus Lugger zugesagt, jede erforderliche Maßnahme zu ergreifen, damit man eine Unterschutzstellung im Bereich der Südtiroler Siedlung abwenden kann. Seitens der Gemeinde Kematen wird jedoch auch argumentiert, dass man im Umgang mit dem Bundesdenkmalamt eine gewisse Qualität haben muss und mit dem Bundesdenkmalamt im Sinne einer weitgreifenden Lösung, die auch für die Gemeinde Kematen vertretbar ist, immer eine entsprechende Gesprächsbasis haben sollte. Das vom Vertreter der Gemeinde Kematen vorgetragene Argument auf Aufrechterhaltung der Gesprächsbasis und einer möglichen Vertrauensbasis wird von Herrn Prof. Dr. Klaus Lugger zustimmend beurteilt. Bezüglich der weiteren Vorgehensweise werden neue Besprechungen vereinbart.

Ende der Besprechung: 10.30 Uhr.

Besprechung vom 1. Oktober 2010

um 8.50 Uhr in der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Klaus Nuener. Teilnehmer Dr. Klaus Nuener, Amtsleiter Matthias Bachmann, Rudolf Häusler.

Hier wird im Detail die weitere Vorgehensweise bezüglich des Denkmalschutzes der Südtiroler Siedlung besprochen.

Ende der Besprechung: 10.00 Uhr

Besprechung vom 1. Oktober 2010

um 11.30 Uhr im Gemeindeamt Kematen, Teilnehmer Dir. Leiter, GR Annita Lerchner, Rudolf Häusler.

Vom Vertreter der Neuen Heimat wird eine Zusammenfassung bezüglich der Situation der Unterschutzstellung der Südtiroler Siedlung wiedergegeben.

Besprechung vom 6. Oktober 2010

um 8.30 Uhr im Gemeindeamt Kematen. Teilnehmer Herr DI Werner Jud, Frau MMag. Gabriele Neumann-Zwerchina vom Bundesdenkmalamt, Herr Prof. Dr. Klaus Lugger, Neue Heimat, Herr Prokurist DI Engelbert Spieß, Neue Heimat, Rechtsanwalt Dr. Klaus Nuener für die Neue Heimat Tirol und Gemeinde Kematen, Herrn Amtsleiter Matthias Bachmann, Rudolf Häusler.

Vom Vertreter des Bundesdenkmalamtes Herrn DI Werner Jud wird eine Erläuterung hinsichtlich der Unterschutzstellung der Südtiroler Siedlung wiedergegeben. Hierbei wird argumentiert, dass es sich hierbei um ein geschlossenes Ensemble von NS-Bauten handelt, welches nur in zwei Gemeinden unverändert bestehen, nämlich in St. Johann und in der Gemeinde Kematen. Mögliche Diskussionen, welche von der Neuen Heimat geführt werden, dass der Standard bezüglich Feuerpolizei und Wärmedämmung und Lärm nicht entspricht, werden vom Bundesdenkmalamt ignoriert. Auch die Argumentationen der Gemeinde Kematen dass entsprechende Sanierungsmaßnahmen, damit man einen gewissen Standard erreicht, jedenfalls durchgeführt werden müssen, hierzu zählt jedenfalls eine Fassadendämmung und auch die Neugestaltung der Eingänge, werden vom Bundesdenkmalamt in der beantragten Weise abgelehnt. Nach Meinung des Vertreters des Bundesdenkmalamtes DI Werner Jud dürfen an den Fassaden keine Veränderungen vorgenommen werden. Die Vertreter der Neuen Heimat äußern sich dahingehend, dass sie mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Klaus Nuener ein mögliches Verfahren für die Unterdenkmalschutzstellung der Südtiroler Siedlung jedenfalls mit allen rechtlichen Möglichkeiten beeinspruchen werden.

Vom Vertreter der Gemeinde Kematen wird angeregt, dass eine Begehung zwischen dem Bundesdenkmalamt, einem Sachverständigen und Vertretern der Neuen Heimat mit der Gemeinde durchgeführt werden sollte, damit sich das Bundesdenkmalamt mit den Sachverständigen einen vertieften Einblick über die derzeitige Situation und den technischen Standard vor Ort machen kann. Der Vorschlag der Gemeinde Kematen wird von allen Beteiligten angenommen und es wird ein Termin mit entsprechenden Sachverständigen und dem Bundesdenkmalamt vereinbart.

Begehung am 8. November 2010

Mit Vertreterin des Bundesdenkmalamtes und der Neuen Heimat Tirol. Teilnehmer MMag. Gabriele Neumann, Bundesdenkmalamt, Ing. Engelbert Spieß, Mag. Maria Embacher, Josef Ruetz, Hausmeister, Amtsleiter Matthias Bachmann, Arch. Stanno Vogl-Fernheim. Die Teilnehmer werden von Bürgermeister Rudolf Häusler begrüßt.

Bei der Begehung der Südtiroler Siedlung wurde von der Vertreterin des Bundesdenkmalamtes der erhaltenswerte Bestand dokumentiert. In der abschließenden Besprechung wurde von Seiten der Neuen Heimat angefragt, ob es möglich ist, nur einzelne Bereiche unter Schutz zu stellen, sodass eine Neuerrichtung mit Belassen einzelner Objekte bzw. Bereiche möglich ist. Dies wird von Seiten des Bundesdenkmalamtes abgeklärt.

Weiter führt der Bürgermeister aus, dass die Gemeinde versucht, alle rechtlichen Möglichkeiten im Einvernehmen mit der Neuen Heimat Tirol auszuschöpfen.

GR Schaffenrath MBA MPA bedankt sich beim Bürgermeister für die Information und bezieht sich auf den Bericht des Bürgermeisters zum BVH Neue Heimat Tirol in der Sitzung des Gemeinderates vom 27.04.2010, in dem der Bürgermeister davon gesprochen hat, dass die Südtiroler Siedlung bereits unter Denkmalschutz gestellt wurde.

Der Vizebürgermeister sagt dazu, dass zwischenzeitlich einige Gemeinderatssitzungen stattgefunden haben, bei denen jeweils die Möglichkeit zu einer Anfrage in dieser Sache gegeben war.

GR Michael stellt fest, dass zwischenzeitlich 7 Besprechungstermine stattgefunden haben und der Bürgermeister den Gemeinderat in den nachfolgenden Sitzungen nicht informiert hat. Deshalb soll in dieser Gemeinderatssitzung ein Entschließungsantrag gegen die Unterschutzstellung gefasst werden.

Der Bürgermeister hat den Vorschlag an Dr. Lugger gemacht, dass vorerst das Protokoll des Bundesdenkmalamtes hinsichtlich der am 8. November 2010 stattgefundenen Begehung abgewartet werden soll. Nach Rücksprache mit der Neuen Heimat Tirol soll die Rechtsansicht von Dr. Nuener formuliert werden. Eine vorschnelle Aktion wäre hier sicherlich nicht von Vorteil.

Der Bürgermeister nimmt den Antrag klar an und schlägt vor, dass im Bauausschuss ein entsprechender Antrag ausformuliert und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

GR Michael sagt, dass die Neue Heimat Tirol sich schon längst öffentlich gegen eine Unterschutzstellung ausgesprochen hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass ihm dazu keine Unterlagen vorliegen.

GR Sailer findet den Vorschlag des Bürgermeisters gut, nicht über die Öffentlichkeit dem Bundesdenkmalamt die Stellungnahme der Gemeinde Kematen mitzuteilen.

GR Michael sagt, dass der Bürgermeister den Gemeinderat nicht informiert hat.

Der Bürgermeister nimmt diese Kritik auf und wird dem Gemeinderat in Zukunft berichten.

GR Fraidl stellt dazu fest, dass dies nicht die Absicht des Bürgermeisters ist, jedoch die Mitglieder des Gemeinderates jederzeit nach dem aktuellen Stand fragen können.

Auf Vorschlag von GR Schaffenrath MBA MPA stellt der Bürgermeister den Antrag, diese Angelegenheit dem Bauausschuss zur Ausarbeitung der weiteren Vorgangsweise zu übertragen.

Beschluss: einstimmig

7. Anfragen an den Bürgermeister

- **Anonyme Anzeige**

GR Schaffenrath MBA MPA bezieht sich auf den an den Bürgermeister gerichteten Brief des Rechtsvertreters von GR Schaffenrath MBA MPA und fragt an, ob der Bürgermeister noch zu der gegenüber Herrn Hassl in einem Telefongespräch vermutlich getätigten Aussage steht, dass er den Verdacht geäußert hat, dass die anonyme Anzeige hinsichtlich eines Vorfalls beim Danke-Fest der Schützen möglicherweise von GR Schaffenrath MBA MPA und GR Michael ausgegangen sein könnte. Vom Rechtsvertreter von GR Michael ist dazu ebenfalls ein Schreiben an den Bürgermeister ergangen.

Der Bürgermeister wird auf diese Schreiben schriftlich antworten.

Dazu stellt GR Michael fest, dass der Bürgermeister mit einer Klage von ihm rechnen muss.

- **E-Werk-Ausschuss-Obmann - Bereitschaftsdienst**

GR Michael stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister noch zu seiner Aussage steht, dass der Obmann des E-Werk-Ausschusses keinen Bereitschaftsdienst im E-Werk leisten soll.

Der Bürgermeister wird dies mit dem Betriebsleiter des E-Werkes nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub besprechen und anschließend folgt eine Antwort.

- **Betriebsansiedlungen im neuen Gewerbegebiet**

GR Raitmair fragt nach dem aktuellen Stand hinsichtlich zweier Betriebsansiedlungen im neuen Gewerbegebiet.

Der Bürgermeister antwortet, dass Dr. Marsoner mit der TIWAG hinsichtlich einer Leitungsverlegung in Verhandlungen war und er über den Ausgang dieser Verhandlungen keine Information hat. Mit der ASFINAG führt Dr. Marsoner ebenfalls Gespräche.

GR Michael fragt an, wie die weitere Vorgangsweise betreffend der beiden Firmen ist, die ja Interesse an einer Ansiedlung gezeigt haben.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich die Grundfläche noch im Eigentum von Dr. Marsoner befindet, er aber Verbindung mit Dr. Marsoner aufnehmen und sich über den aktuellen Stand informieren wird.

GR Michael ist der Meinung, dass die Ansiedlung dieser Betriebe für Kematen sehr gut wäre und der Bürgermeister sich ein Angebot der beiden Firmen geben lassen soll.

Der Bürgermeister antwortet, dass ein Angebot für eine Kaufoption von einer Firma vorliegt. Sobald sich die Grundfläche im Eigentum der Gemeinde Kematen befindet, soll sich der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit befassen.

GR Schaffenrath MBA MPA fragt an, ob der Kaufvertrag in Ausarbeitung ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies erst geschehen kann, wenn der zukünftige Leitungsverlauf der Überlandleitung feststeht, da die Gemeinde bei Belassen des jetzigen Leitungsverlaufes weitere 4.000 m² Grundfläche von Dr. Marsoner dazu bekommt.

GR Michael sagt, dass nun die Umwidmung rechtskräftig ist, die Gemeinde aber keinen Kaufvertrag mit Dr. Marsoner hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass ein verbindliches Angebot und eine schriftliche Willenserklärung von Dr. Marsoner vorliegen.

- **Betriebsansiedlung Maschinenring**

GV Pischl sagt, dass der Maschinenring sich am Marsonerhof-Areal ansiedeln möchte und fragt den Bürgermeister, wie er diese geplante Ansiedlung sieht.

Der Bürgermeister antwortet, dass diese Betriebsansiedlung positiv wäre, da dies den Standort Marsonerschule stärken würde.

- **Grundankauf für Wohn- und Pflegeheim Unterperfuss**

GR Schaffenrath MBA MPA fragt an, ob der Grundankauf für das Wohn- und Pflegeheim Unterperfuss schon erfolgt ist und wie dieser Grundankauf finanziert wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Verbandsversammlung einen einstimmigen Beschluss gefasst hat, rd. 2000 m² Grundfläche zu einem Preis von € 182,00 pro m² anzukaufen, aber keine Präjudizierung betreffend eines zukünftigen Zubaus erfolgt. Die Gemeinde Kematen ist mit rd. 41 % beteiligt und konnte vom Land eine Zusage für € 30.000,00 aus Bedarfszuweisungsmitteln für den Grundankauf erreichen. Diese Zahlen werden im Budget 2011 vorgesehen.

GR Michael fragt an, wie dieser Grundankauf finanziert wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Verbandsgemeinden einen Investitionsbeitrag leisten.

GR Michael fragt an, warum dieser Ankauf nicht über Darlehen vom Gemeindeverband finanziert wird, weil derzeit eine niedrigere Zinslage vorherrscht und die Gemeinden kein Geld in die Hand zu nehmen bräuchten.

Der Bürgermeister antwortet, dass die finanziell schwächeren Gemeinden eine Unterstützung des Landes erhalten, dies wäre bei einem Darlehen nicht der Fall.

GR Schaffenrath MBA MPA wirft ein, dass man sich beim Bodenbeschaffungsfonds wegen einer eventuellen Unterstützung informieren sollte.

Darauf antwortet der Bürgermeister, dass der Landeshauptmann die Regionsgemeinden stark unterstützt hat.

- **Betreutes Wohnen**

GR Prof. Dr. Markl bringt vor, dass nach Aussage der Fa. Kubus die Nutzung des „Hörtnagl-Hauses“ für betreutes Wohnen nicht zum Tragen kommt. Er fragt an, ob es einen Beschluss des Sozialausschusses dahingehend gibt.

Der Bürgermeister antwortet, dass er den Projektbetreiber für das „Hörtnagl-Haus“ nicht hinhalten wollte, da im Einvernehmen mit dem Sozial- und Gesundheitssprengel an der Melach vom Sozialausschuss ein Konzept ausgearbeitet werden soll, das auch betreutes Wohnen beinhaltet.

GR Michael meint dazu, dass die Information fehlt und kein Auftrag an den Sozialausschuss erfolgt ist.

GV Mag. Armin Partl sagt dazu, dass der Sozial- und Gesundheitssprengel an der Melach in Zusammenarbeit mit dem Wohn- und Pflegeheim Unterperfuss ein gemeinsames Konzept erarbeiten sollen und im Anschluss im Sozialausschuss behandelt werden soll.

GR Michael sagt dazu, dass nicht die Rede davon war, ein Konzept für die Region zu entwickeln, sondern nur für Kematen.

Der Bürgermeister sagt dazu, dass eine eigenständige Lösung für Kematen erarbeitet wird.

- **Spielplatz**

GV Pischl fragt an, ob der Bürgermeister den Bewohnern der Stuiferfeld II-Siedlung die Schaffung eines Spielplatzes zugesagt hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass er in einer gemeinsamen Besprechung mit den Bewohnern der Stuiferfeld II-Siedlung zugesagt hat, dass er mit dem Grundeigentümer betreffend der Anpachtung in Verhandlungen tritt.

- **Freizeitanlage**

GV Pischl fragt an, ob die Errichtung eines Schwimmteiches bzw. einer Freizeitanlage am Burghoffeld geplant ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Anpachtung einer Teilfläche des Burghoffeldes angedacht wird, um dort zur Naherholung der KematerInnen eine Freizeitanlage mit Grillplätzen, Badeteich und Liegewiese zu errichten.

GR Michael sagt dazu, dass es sinnvoll wäre, die weitere Vorgangsweise im Gemeinderat oder im jeweiligen Ausschuss abzustimmen bzw. zu informieren.

GR Mag. Fraidl sagt dazu, dass der Bürgermeister erst die Rahmenbedingungen betreffend der Verwirklichung seiner Ideen abklärt, bevor eine Information erfolgt.

GR Sailer schließt sich der Meinung von GR Mag. Fraidl an.

Der Bürgermeister sagt dazu, dass dieses Thema im Gemeindevorstand besprochen wurde.

GR Schaffenrath regt an, dass der Punkt „Information über Gemeindevorstandsbeschlüsse“ wieder auf die Tagesordnung bei Gemeinderatssitzungen aufgenommen werden soll.

Der Bürgermeister nimmt diese Anregung auf und wird dem Gemeinderat in Zukunft über die Beschlüsse des Gemeindevorstandes berichten.

- **Deponie – GR Hacket**

GR Weger sagt, dass GR Hacket Naßmüll im Bereich Seidemann-Areal und im Himmelreich deponiert hat.

Der Bürgermeister sagt dazu, dass er sich dieser Angelegenheit annehmen wird.

- **Umwidmung Told**

GR Weger fragt nach dem aktuellen Stand in Sachen „Umwidmung Told“.

Der Bürgermeister berichtet, dass die vom Gemeinderat beschlossene Umwidmung auch vom Amt der Tiroler Landesregierung aufsichtsbehördlich genehmigt wurde.

- **Bauangelegenheit Siller**

GR Weger fragt im Auftrag von Walter Siller an, wie der aktuelle Stand in der Bauangelegenheit Siller ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass in dieser Sache Arch. Mladek mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt wurde.

Auf Anfrage von GR Weger antwortet der Bürgermeister, dass es in Sachen Umwidmung Siller nichts Neues gibt.

- **Neuausschreibungen**

GR Raitmair fragt an, ob die Pflege der Verkehrsinseln, die Bewirtung im Gemeindezentrum und die Schneeräumung in Afling neu ausgeschrieben werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Neuausschreibung der o.a. Punkte erfolgen wird.

- **Restmüllabfuhr**

GR Schaffenrath MBA MPA bezieht sich auf den Bericht in der Tiroler Tageszeitung, in dem der Bürgermeister die Aussage getätigt hat, dass der Gemeinderat jahreslang GR Raitmair gesponsert hätte. Nochmals weist GR Schaffenrath MBA MPA darauf hin, dass in der vergangenen Gemeinderatsperiode die Restmüllabfuhr pauschal ausgeschrieben worden wäre und damals sich GR Raitmair als Bestbieter herausgestellt hätte. In einer Debatte wird festgestellt, dass in der vergangenen Gemeinderatsperiode lediglich ein Initiativangebot der Fa. Haberl aus Völs gestellt wurde. GR Schaffenrath MBA MPA fordert den Bürgermeister dazu auf, sich für die Aussage zu entschuldigen.

Der Bürgermeister antwortet, dass er nicht gesagt hat, dass der Gemeinderat GR Raitmair gesponsert hat.

GR Raitmair sagt, dass er die Aussage des Bürgermeisters so nicht auf sich sitzen lässt.

GR Sailer sagt, dass die Gemeindeführung die Restmüllabfuhr ausgeschrieben hat und gegebenenfalls die Wortwahl des Bürgermeisters nicht günstig war.

GR Michael sagt, dass der Bürgermeister diese Wortwahl zurücknehmen soll.

GR Weger fragt an, ob der Müll für die Bürger nun billiger wird.

Der Vizebürgermeister antwortet, dass die Gemeinde beim Müll immer Gelder des Haushaltes zugeschossen hat, dies aber im Umwelt- und Verkehrsausschuss behandelt wird.

- **Kindergartenzubau**

GR Michael fragt an, ob der Bürgermeister den Planer dahingehend informiert hat, dass Pachtflächen vom Stift Wilten in die Planung des Kindergartenzubaus miteinbezogen werden sollen.

Der Bürgermeister antwortet, dass er den Planer davon informiert hat, jedoch noch keine schriftliche Zusage vom Grundeigentümer vorliegt. Es gibt eine schriftliche Darstellung des Pachtzinses, der Wirtschaftsrat des Stiftes hat jedoch noch keine Zusicherung getroffen.

- **Flurwärter**

GR Michael fragt an, ob die Fluren überwacht werden, da sich die Bevölkerung darüber beschwert, dass hier anscheinend keine Überwachung stattfindet.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Überwachung der Fluren von der Fa. G4S durchgeführt wird. Es dürfen keine Strafmandate von der Fa. G4S ausgestellt werden, die Verwaltung wird aber bei etwaigen Missständen verständigt.

- **Wirtschaftsförderung – Post.Partner**

GR Prof. Dr. Markl fragt an, ob der Bürgermeister dem neuen Post.Partner eine finanzielle Unterstützung zugesagt hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass er dem neuen Post.Partner, der seinen Betrieb am 30.11.2010 im „Hörtnagl-Haus“ in der Dorfstraße 4 aufnimmt, eine einmalige Wirtschaftsförderung in Höhe von € 1.370,00 gewährt hat.

- **Turnhallenbau**

GR Schaffenrath MBA MPA fragt nach dem aktuellen Stand in Sachen Turnhallenbau an.

Der Bürgermeister berichtet über den aktuellen Stand und informiert die Anwesenden, dass die Regionsgemeinden dem neuen Objekt aufgrund der angespannten finanziellen Lage kritisch gegenüber stehen.

Der Vizebürgermeister kritisiert GR Schaffenrath MBA MPA mit, dass er zu den Arbeitssitzungen betreffend Turnhallenbau eingeladen wurde, jedoch nicht daran teilgenommen hat.

GR Schaffenrath MBA MPA antwortet dazu, dass er lediglich kooptiert wurde und nicht stimmberechtigt ist.

Der Vizebürgermeister lädt GR Schaffenrath MBA MPA zur Mitarbeit ein.

- **Umbau Gemeindeamt**

GR Schaffenrath fragt an, ob das Denkmalamt in die Planung für den Umbau des Gemeindeamtes eingebunden wurde.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat den Aktenvermerk vom 21.04.2010 betreffend der weiteren Vorgangsweise hinsichtlich dem Umbau des Gemeindeamtes zur Kenntnis:

Aktenvermerk vom 21. April 2010 im Büro des Bürgermeisters, Beginn 9.00 Uhr, Teilnehmer Bundesdenkmalamt MMag. Gabriele Neumann-Zwerchina, Bauamtsleiter Robert Mitterrutzner, Rudolf Häusler.

Die Vertreterin des Bundesdenkmalamtes Frau MMag. Gabriele Neumann-Zwerchina erläutert im Detail, welche Objekte im Bereich der Katastralgemeinde Kematen denkmalgeschützt sind. Des weiteren werden von der Vertreterin des Bundesdenkmalamtes Objekte genannt, welche nach Meinung des Bundesdenkmalamtes schützenswürdig sind und daher von Seiten des Bundesdenkmalamtes ein Verfahren bezüglich der Unterschutzstellung läuft. Von Seiten des Bürgermeisters wird berichtet, dass beabsichtigt ist, das Gemeindeamt umzubauen. Bezüglich der Vorgehensweise für das Gemeindeamt wird vom Bürgermeister folgende fachliche Meinung vertreten, nämlich, dass ein Einreich- bzw. Detailprojekt erarbeitet wird, welches in der weiteren Folge von Herrn Arch. Prof. DI Dieter Tuscher hinsichtlich des Denkmalschutzes überarbeitet wird. Nach Vorlage des geprüften Projektes wird von Seiten der Gemeinde Kematen das Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt hergestellt.

Frau MMag. Gabriele Neumann-Zwerchina erklärt, dass es sehr sinnvoll erscheint, die Teilprojektierungsarbeit vorzunehmen und diese von dem im Bundesdenkmalamt sehr geschätzten Arch. Prof. DI Dieter Tuscher bezüglich der Realisierungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit dem Denkmalschutz überprüfen zu lassen und das fachliche Einverständnis mit dem Bundesdenkmalamt herzustellen. Es wird jedoch grundsätzlich angemerkt, dass für einen Umbau des Gemeindeamtes die vorherige schriftliche Genehmigung des Bundesdenkmalamtes notwendig ist, die nur auf der Basis von konsensfähigen Einreichunterlagen möglich ist.

Ende der Besprechung 9.45 Uhr.

Verfasser des Aktenvermerkes: Rudolf Häusler

Der Bürgermeister informiert die Anwesenden, dass dieser Aktenvermerk von Frau MMag. Gabriele Neumann-Zwerchina gegengezeichnet worden ist. Die gewählte Vorgangsweise erfolgte in Absprache mit dem Bundesdenkmalamt. Die Detailprojektierung wird im Bauausschuss behandelt. Die Anfrage von GR Schaffenrath MBA MPA über die Presse wäre nicht notwendig gewesen. Er hätte auch den Bürgermeister dazu fragen können.

Nach einer Debatte wird der Bürgermeister von Planer Mario Hörtnagl eine schriftliche Stellungnahme dahingehend einholen, inwieweit das Bundesdenkmalamt

in die Planung eingebunden worden ist. Diese Stellungnahme wird den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis gebracht werden.

8. Anfragen an den Vizebürgermeister

- **Schreiben Prof. Mag. Toni Haas**

GR Michael fragt an, warum der Vizebürgermeister auf das Schreiben an Prof. Mag. Toni Haas noch nicht geantwortet hat.

Der Vizebürgermeister antwortet, dass er wegen eines laufenden Verfahrens noch keine Antwort gegeben hat und weist darauf hin, dass er das Schreiben dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht hat.

- **Verkehrskonzept Melachweg und Verlegung Industriestraße**

GR Raitmair fragt nach dem aktuellen Stand betreffend dem Verkehrskonzept Melachweg und möchte sich über die geplante Verlegung der Industriestraße informieren.

Der Vizebürgermeister antwortet, dass dies derzeit von einem Verkehrsexperten ausgearbeitet wird und in der Verkehrsausschusssitzung nächste Woche behandelt wird.

- **Kultur- und Bauausschusssitzung**

GR Micheal fragt an, wie der Vizebürgermeister zu der Aussage gegenüber GR Raitmair steht, dass die Opposition die Sitzungen des Kultur- und des Bauausschusses abgesagt hat, da der Kulturausschuss nicht beschlussfähig war und die Einladung zur Bauausschusssitzung ohne Tagesordnung erfolgte.

Der Vizebürgermeister antwortet, dass er das so nicht gesagt hat und stellt richtig, dass er GR Raitmair mitgeteilt hat, dass Ausschusssitzungen in der abgelaufenen Gemeinderatsperiode zur Information der Anwesenden genutzt wurden, wenn die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war.

- **Kulturausschuss – Einsichtnahme in Unterlagen**

GR Michael stellt an den Bürgermeister die Anfrage, warum der Bürgermeister zuerst gesagt hat, dass er die Arbeitsunterlagen zur Kulturausschusssitzung mit der Einladung mitschickt und bei der Einladung darauf hingewiesen hat, dass in die Arbeitsunterlagen im Gemeindeamt während der Bürozeiten Einsicht genommen werden kann.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Arbeitsunterlagen so umfangreich sind, dass es nicht zweckmäßig gewesen wäre, Kopien für die einzelnen Mitglieder des Kulturausschusses anzufertigen. Im übrigen hätte dies einen erheblichen Aufwand für die Verwaltung bedeutet.

GR Michael sagt dazu, dass er sich gedacht hätte, dass in die Unterlagen auch außerhalb der Bürozeiten Einsicht genommen werden kann, dies ihm aber vom Amtsleiter verweigert wurde.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich der Amtsleiter an die Anweisung des Bürgermeisters gehalten hat, die Unterlagen im Bürgermeisterzimmer aufzulegen und mit dem Bürgermeister auch ein Termin außerhalb der Bürozeiten zur Einsichtnahme vereinbart hätte werden können.

9. Anträge, Anfragen und Allfälliges

- **Vorkaufsrecht der Gemeinde**

GR Michael fragt an, ob vom Amtsleiter die Auflistung jener Grundstücke erstellt wurde, bei denen die Gemeinde Kematen ein Vorkaufsrecht hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass dies mit umfangreichen Recherchen und großen Aufwand einhergeht und die Verwaltung derzeit nicht damit beschäftigt wird.

- **Kosten Homepage**

GR Michael fragt nach, wie hoch die Kosten für die Homepage der Gemeinde sind.

Der Bürgermeister antwortet, dass er dies schriftlich mitteilen wird.

GV Partl sagt, dass die Anzahl der Anfragen gezeigt hat, dass viel gearbeitet wurde, dass viel positives im Gemeinderat passiert ist und bringt einen kurzen Überblick über die geleistete Arbeit.

GR Michael sagt, dass diese Gemeinderatssitzung notwendig war, da er informiert sein möchte. Eine breite Zusammenarbeit ist nicht spürbar, er hofft aber, dass heute eine Basis dafür geschaffen wurde. Die Zeit wird es weisen.

Der Bürgermeister hat das Signal der Partner aufgenommen. Vielleicht ist durch die Dynamik und Geschwindigkeit für manchen der Eindruck entstanden, dass der Bürgermeister zu wenig informiert. Es würde der Gemeinde aber sehr gut tun, wenn kompetente Menschen im Gemeinderat zusammenarbeiten. Der Bürgermeister nimmt die Anträge ernst, denn der Gemeinderat wird sich daran messen, was wir miteinander für unser Dorf tun. Ein Ziel ist die Zusammenarbeit im Gemeinderat mit einem hohen Maß an Übereinstimmung.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, wird die Gemeinderatssitzung vom Bürgermeister geschlossen.

Der Protokollführer:



Matthias Bachmann

